

Landes-geschichte

Burundi zwischen kolonialem Erbe und Hoffnung auf Frieden

Die Herausforderung einer auf historischer Wahrheit basierenden Versöhnung

P. Dr. Déogratias Maruhukiro (PhD), ISch

Zusammenfassung

Burundi wird oft durch politische Krisen, Gewalt und Armut wahrgenommen. Dieses Bild verdeckt jedoch eine komplexere Geschichte. Vor der Kolonialisierung war das Land als relativ stabiles Königreich organisiert, das sich durch eine starke politische, sprachliche und kulturelle Einheit auszeichnete. Die Kategorien Hutu, Tutsi und Twa stellten keine festgefügten ethnischen Identitäten dar, sondern waren Teil einer Gesellschaft, die dieselbe Sprache – Kirundi –, gemeinsame Institutionen und ein Gefühl der Zugehörigkeit zum Königreich teilte. Die deutsche Kolonialherrschaft und vor allem die belgische Verwaltung haben dieses Gleichgewicht tiefgreifend verändert. Durch die Umstrukturierung der politischen Institutionen und die Institutionalisierung von Identitätskategorien trugen sie zur Ethnisierung der Gesellschaft und der sozialen Beziehungen bei. Die Gewalttaten, die Burundi nach der Unabhängigkeit prägten, lassen sich nicht verstehen, ohne dieses koloniale Erbe zu berücksichtigen, zu dem noch die Verantwortung der nationalen politischen Akteure hinzukam.

Der Artikel vertritt die Auffassung, dass ein nachhaltiger Frieden eine echte Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit erfordert. Er plädiert für eine gemeinsame Verantwortung Deutschlands und Burundis unter Einbeziehung von Kirchen, politischen Institutionen, Hochschulen und der Zivilgesellschaft, um Forschung, Erinnerungsarbeit, Wiedergutmachung und die Anerkennung historischer Verantwortlichkeiten zu fördern. Nur eine klarsichtige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wird es ermöglichen, ein Erbe der Spaltung in Hoffnung auf nachhaltige Versöhnung zu verwandeln.

Eine Kurzversion des folgenden Textes finden Sie auf S. 12.

Fotos: Harms / Misereor

Burundi, das Land der tausend Hügel: Geografie, Bevölkerung und gemeinsame Identität

Burundi liegt im Herzen der Region der Großen Seen in Afrika und ist ein kleines Binnenland mit einer Fläche von 27.834 km², das im Norden an Ruanda, im Osten und Süden an Tansania und im Westen an die Demokratische Republik Kongo grenzt, von der es teilweise durch den Tanganjikasee getrennt ist. Trotz seiner bescheidenen Größe nimmt Burundi eine wichtige geostrategische Position in dieser Region ein, die von einer reichen Geschichte des Handelsverkehrs, der Migration, der kulturellen Begegnungen, aber auch der Konflikte geprägt ist. Sein hügeliges Relief hat ihm den Beinamen „Land der tausend Hügel" eingebracht – ein Ausdruck, der nicht nur eine geografische Realität beschreibt, sondern zu einem echten Symbol seiner nationalen Identität geworden ist. Die Hügel (Imitumba) bilden seit Jahrhunderten die wichtigsten Lebensräume, sind Schauplätze sozialer Organisation, landwirtschaftlicher Produktion und lokaler Verwaltung. Sie prägen sowohl die Landschaften als auch die zwischenmenschlichen Beziehungen und bestimmen auch heute noch den Alltag der Mehrheit der Bevölkerung.

Burundi verfügt über ein relativ gemäßigtes tropisches Hochlandklima, das für die Landwirtschaft günstig ist. Diese bildet nach wie vor die wichtigste Lebensgrundlage für fast 80 Prozent der Bevölkerung. Kaffee und Tee sind die wichtigsten Exportkulturen, während Bohnen, Maniok, Bananen, Mais, Süßkartoffeln oder Sorghum die Ernährung der ländlichen Haushalte sichern. Diese starke Abhängigkeit von der Landwirtschaft macht das Land jedoch besonders anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels, für Bodenerosion, den Rückgang der Anbauflächen und den Bevölkerungsdruck.

Mit mehr als 14 Millionen Einwohnern auf relativ kleinem Raum zählt Burundi zu den am dichtesten besiedelten Ländern Afrikas. Diese Bevölkerungsdichte wurde oft als potenzielle Quelle von Spannungen dargestellt. Im Laufe der Jahrhunderte hat sie jedoch auch die Entwicklung starker gemeinschaftlicher Solidarität, einer Nachbarschaftskultur und traditioneller Kooperationsmechanismen auf der Grundlage gegenseitiger Hilfe gefördert.



Bujumbura, größte Stadt Burundis, und der Tanganjika-See

Fotos: Harms / Misereor

Das Leben in den Hügeln hat sich um Werte wie gegenseitige Verantwortung, Respekt vor den Älteren und das Streben nach dem Gemeinwohl – mit anderen Worten: um die Werte von Ubuntu – „Ich bin, weil du bist“ – entwickelt. Diese sozialen Praktiken stellen auch heute noch ein wichtiges kulturelles Kapital dar, auf das sich Friedens- und Versöhnungsinitiativen stützen können.
Eines der bemerkenswertesten Merkmale Burundis ist seine sprachliche und kulturelle Homogenität. Im Gegensatz zu vielen afrikanischen Staaten, die aus der Kolonialzeit hervorgegangen sind und in denen manchmal Dutzende von Sprachen nebeneinander existieren, verfügt Burundi über eine gemeinsame Landessprache, das Kirundi, das von fast der gesamten Bevölkerung gesprochen wird. Diese Sprache ist weit mehr als nur ein Kommunikationsmittel: Sie ist Träger eines kollektiven Gedächtnisses, einer besonders reichen mündlichen Literatur, von Sprichwörtern, historischen Erzählungen, erzieherischen Werten und einer gemeinsamen Weltanschauung. Französisch ist eine aus der Kolonialzeit stammende Amtssprache und wird in der Verwaltung, im Hochschulwesen und in den internationalen Beziehungen weiterhin weit verbreitet verwendet. Seit dem Beitritt zur Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) hat auch Englisch den Status einer Amtssprache erlangt, während Swahili im regionalen Handelsverkehr, insbesondere rund um Bujumbura und in den Grenzgebieten, zunehmend an Bedeutung gewinnt.
Die Bevölkerung Burundis setzt sich im Allgemeinen aus drei historisch identifizierten Gruppen zusammen: den Hutu, den Tutsi und den Twa. Diese Einteilung, die oft als selbstverständlich dargestellt wird, muss jedoch differenziert betrachtet werden. Über Jahrhunderte hinweg entsprachen diese Kategorien nicht ethnischen Gruppen im modernen Sinne. Sie bezogen sich vielmehr auf sozioökonomische Status, Funktionen oder sich wandelnde Zugehörigkeiten innerhalb derselben Gesellschaft, die eine gemeinsame Sprache, Kultur, gemeinsame Glaubensvorstellungen und politische Institutionen teilte. Ehen zwischen Familien waren häufig, soziale Mobilität gab es, und Zugehörigkeiten waren weder festgefahren noch exklusiv – außer im Falle der Batwa, einer kleinen Minderheit, die bis heute in der burundischen Gesellschaft ausgegrenzt wird.



Die traditionellen “Trommler des Königs” in Gishora

Vor der Kolonialisierung bildete das Königreich Burundi einen relativ integrierten politischen Raum, der um die Monarchie (Ubwami) herum organisiert war. Der „Mwami“, Garant für die Einheit, übte seine Autorität mit Unterstützung lokaler Verwaltungsbeamter aus, die aus verschiedenen Teilen der Gesellschaft stammten. Trotz politischer Rivalitäten, Thronfolgekonflikten oder Spannungen mit bestimmten Nachbarreichen, insbesondere Ruanda, hatten diese Auseinandersetzungen keinen ethnischen Charakter, der mit dem im 20. Jahrhundert auftretenden vergleichbar gewesen wäre. Vor allem herrschte ein starkes Bewusstsein dafür, einer gemeinsamen politischen Gemeinschaft anzugehören: Burundi. Das Land ist also nicht durch eine Nebeneinanderstellung radikal unterschiedlicher Völker entstanden, sondern durch eine weitgehend gemeinsame Geschichte und Institutionen, die lange Zeit das Zusammenleben gefördert haben. Diese alte nationale Identität darf nicht idealisiert werden, da sie ihre eigenen Spannungen und Ungleichheiten kannte. Sie erinnert jedoch daran, dass die heutigen Spaltungen weitgehend das Ergebnis politischer Veränderungen sind, die während der Kolonialzeit eingeführt wurden und soziale Kategorien nach und nach zu gegensätzlichen ethnischen Identitäten erstarren ließen.

Vom vorkolonialen Königreich zur deutschen Verwaltung: der schrittweise Abbau einer politischen Ordnung

Die Konflikte seit der Unabhängigkeit stellen also keinen Ausdruck eines uralten Hasses zwischen Hutu und Tutsi dar. Es wird vielmehr deutlich, dass die Kolonialisierung die Machtverhältnisse, kollektiven Identitäten und Regierungsmechanismen tiefgreifend neu definiert und damit die Voraussetzungen für Konflikte geschaffen hat, deren Auswirkungen bis heute andauern.

Das alte Königreich Burundi war für seine Stabilität bekannt. Die königliche Macht beruhte nicht nur auf Gewalt, sondern auch auf einem Geflecht aus gegenseitigen Verpflichtungen, Vermittlungen und symbolischer Legitimität, das den Zusammenhalt des Königreichs sicherte. Wie in den meisten Königreichen der Region gab es militärische Konflikte, doch standen sich dabei politische Einheiten gegenüber und nicht ethnische Identitäten.



Bei den “Trommlern des Königs” in Gishora

Die Ankunft der Deutschen: eine diskrete, aber prägende Herrschaft
Im Anschluss an die Berliner Konferenz (1884–1885) wurde Burundi in Deutsch-Ostafrika eingegliedert. Im Gegensatz zu anderen Kolonien, in denen die deutschen Behörden eine direkte Verwaltung einführten, entschieden sie sich in Burundi für eine Politik der indirekten Verwaltung (Indirect Rule), die darin bestand, über die bestehenden Institutionen, insbesondere die Monarchie, zu regieren. Diese Entscheidung beruhte vor allem auf pragmatischen Erwägungen: Den Kolonialbehörden standen nur wenige Beamte zur Verfügung, und sie waren bestrebt, die Verwaltungskosten zu begrenzen. Daher behielten sie den Mwami und die lokalen Häuptlinge als Vermittler ihrer Macht bei. Oberflächlich betrachtet schien diese Strategie die traditionellen politischen Strukturen zu respektieren. In Wirklichkeit veränderte sie deren Wesen jedoch nach und nach. Der Mwami, einst Garant des inneren Gleichgewichts des Königreichs, wurde zunehmend zum Vollstrecker der Entscheidungen der Kolonialverwaltung. Seine Autorität hing zunehmend von der Unterstützung der deutschen Behörden ab. Auch die Häuptlinge (chefs Baganwa, d. h. Kronprinzen) sahen sich gezwungen, den fiskalischen, militärischen und wirtschaftlichen Anforderungen der Kolonialmacht gerecht zu werden. Diese Entwicklung führte zu einem tiefgreifenden Bruch: Die politische Macht wurde nach und nach nicht mehr als Ausdruck der Gemeinschaft wahrgenommen, sondern entwickelte sich zu einem Instrument äußerer Herrschaft.

Der Vertrag von Kiganda: Der Beginn einer enteigneten Souveränität
Eine der aufschlussreichsten Episoden dieses Wandels ist der Vertrag von Kiganda, der am 6. Juni 1903 zwischen König Mwezi Gisabo und Vertretern des Deutschen Reiches unterzeichnet wurde. Lange Zeit wurde dieser Vertrag in den Kolonialarchiven als ein freiwillig geschlossenes Abkommen zwischen zwei souveränen Partnern dargestellt. Eine kritische Lektüre der Quellen führt jedoch zu einer ganz anderen Interpretation.
Alles begann im Jahr 1896, als die Deutschen nach der Berliner Konferenz ihre ersten Militärposten in Kajaga und in Usumbura, der heutigen Wirtschaftsmetropole Burundis, errichteten.



Gedenkstätte zum sogenannten Vertrag von Kiganda

Ihr Vormarsch ins Innere des Königreichs stieß jedoch auf den Widerstand der Badasigana, der Krieger von König Mwezi Gisabo. Die Angriffe auf die Missionarskarawanen, die mit den deutschen Kolonialherren gleichgesetzt wurden, führten zu gewaltsamen Strafexpeditionen, insbesondere 1898 im Herrschaftsgebiet von Ntarugera. Angesichts der deutschen militärischen Überlegenheit und der Schwächung seiner Armee war Mwezi Gisabo gezwungen, Verhandlungen aufzunehmen. Der ungleiche Vertrag von Kiganda verpflichtete ihn, die deutsche Souveränität anzuerkennen, zwei Regionen an von den Kolonisatoren unterstützte Rebellenführer abzutreten und 424 Kühe als Entschädigung zu zahlen. Im Gegenzug blieb er unter deutschem Schutz König. Das Protektorat dauerte bis 1916. Über seine unmittelbaren rechtlichen Auswirkungen hinaus markiert der Vertrag von Kiganda einen bedeutenden symbolischen Bruch. Er leitet einen Prozess ein, durch den die traditionellen Institutionen nach und nach ihre Autonomie verlieren und zu Instrumenten einer fremden Kolonialmacht werden. Die Monarchie behält zwar den Anschein, verliert jedoch schrittweise ihre Entscheidungsfähigkeit.
Die Kolonialisierung führte zu einer tiefgreifenden Umwälzung der politischen, sozialen und religiösen Strukturen in Burundi. Trotz des Versprechens einer indirekten Verwaltung, die die lokalen Autoritäten respektieren sollte, verfolgte Deutschland eine Politik der Spaltung (divide et impera), die später von Belgien noch verstärkt wurde. Diese Herrschaft trug dazu bei, die Identitätskategorien der Hutu und Tutsi zu verfestigen, die in den postkolonialen politischen Kämpfen instrumentalisiert wurden. Gleichzeitig trugen die christlichen Missionen zur Destabilisierung der traditionellen religiösen Strukturen bei und schufen damit ein politisches, kulturelles und spirituelles Vakuum mit nachhaltigen Folgen.

Die ersten Veränderungen in den sozialen Beziehungen
Die deutsche Verwaltung führte noch keine systematische Ethnisierung ein, wie sie später unter belgischer Herrschaft entwickelt wurde – sie legte jedoch mehrere Grundlagen dafür. Die Kolonialbehörden bevorzugten gezielt die als „Tutsi“ bezeichnete Bevölkerungsgruppe, die sie als der Monarchie näherstehend und für die Zusammenarbeit geeigneter betrachteten. Dies erfolgte auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit, die als „Hutu“ kategorisiert wurde, und trug dazu bei, gesellschaftliche Ungleichheiten institutionell zu verfestigen.
Diese Logik fügte sich in die europäischen Rassentheorien des späten 19. Jahrhunderts ein, insbesondere in die sogenannte hamitische Theorie, wonach bestimmte afrikanische Gruppen aufgrund vermeintlich „überlegener“ Herkunft von Natur aus zum Regieren prädestiniert seien. Obwohl diese Ideologie in Burundi während der deutschen Kolonialzeit noch nicht vollständig institutionalisiert war, beeinflusste sie bereits die Vorstellungen der Verwaltungsbeamten und Missionare.

Gleichzeitig veränderten die Kolonialbesteuerung, die Pflichtarbeiten und die ersten Formen der Zwangsarbeit die Beziehungen zwischen den lokalen Behörden und der Bevölkerung. Diese Entwicklung untergrub nach und nach das Vertrauen, auf dem die traditionellen Institutionen beruhten.
Entgegen einer lange Zeit vorherrschenden Sichtweise kann die deutsche Kolonialherrschaft somit nicht als bloße, relativ harmlose Episode in der Geschichte Burundis betrachtet werden. Indem sie die traditionellen Institutionen in den Dienst einer fremden Macht stellte, veränderte sie das interne Gleichgewicht des Königreichs und ebnete den Weg für die weitaus radikaleren politischen Maßnahmen, die unter der belgischen Verwaltung umgesetzt wurden. Gerade diese zweite Phase, die durch die Institutionalisierung ethnischer Kategorien und die Umstrukturierung des Kolonialstaates gekennzeichnet war, machte soziale Identitäten zu Instrumenten politischer Herrschaft und hinterließ ein bleibendes Erbe im unabhängigen Burundi.

Die Kirchen und die Zivilgesellschaft: Wegbereiter eines zerbrechlichen, aber dauerhaften Friedens
Die jüngste Geschichte Burundis ist zwar von wiederkehrender Gewalt geprägt, aber auch von einem unermüdlichen Engagement zahlreicher Frauen und Männer für den Frieden. Schon lange vor den Arusha-Abkommen von 2000 widersetzten sich religiöse Akteure, zivilgesellschaftliche Organisationen, Gemeindevertreter*innen und Wissenschaftler*innen der Logik des Hasses und der Rache. Sie bewahrten Räume für den Dialog, förderten die Versöhnung und stärkten soziale Bindungen. Diese Initiativen finden in internationalen Analysen selten Beachtung, obwohl sie eine der wichtigsten Grundlagen für die Widerstandsfähigkeit der burundischen Gesellschaft darstellen.

Die katholische Kirche: eine präsente Kraft im Herzen der Gesellschaft
Unter diesen Akteuren nimmt die katholische Kirche einen besonderen Platz ein. Da sich mehr als 60 Prozent der Bevölkerung zum Katholizismus bekennen, ist sie die wichtigste soziale und religiöse Institution des Landes. Ihr Einfluss reicht weit über den religiösen Bereich hinaus: Sie ist in den Bereichen Bildung, Gesundheit, ländliche Entwicklung, Jugendarbeit und bei der Unterstützung der am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen präsent. Diese Nähe zur Bevölkerung verleiht ihr in Krisenzeiten eine besondere Verantwortung.

Seit der Unabhängigkeit haben die Bischöfe von Burundi regelmäßig zur Achtung der Menschenwürde, zur Ablehnung von Gewalt und zum Dialog zwischen den verschiedenen Teilen der Gesellschaft aufgerufen. Die Diözesankommissionen für Gerechtigkeit und Frieden, die kirchlichen Bewegungen, die Ordensgemeinschaften und zahlreiche Pfarreien haben Programme zur gemeindebasierten Mediation, zur Opferbegleitung, zur Traumabehandlung und zur Friedenserziehung entwickelt.

S. “Heilung beginnt mit Zuhören: Versöhnungsarbeit in Burundi”, S.

Versöhnung als Weg: die Erfahrung in Burundi

Der Weg zur Versöhnung ist ein langwieriger Prozess des Erinnerns, der Anerkennung des Leids, der Wiederherstellung des Vertrauens und des Wiederaufbaus der Gemeinschaften. Die Erfahrungen in Burundi zeigen, dass politische Vereinbarungen notwendig sind, aber unzureichend bleiben, wenn nicht individuelle und kollektive Verletzungen tiefgreifend aufgearbeitet werden. In diesem Prozess können christliche Gemeinschaften und zivilgesellschaftliche Akteure Räume des Austauschs, der Anerkennung der Würde der Opfer und der Annäherung zwischen ehemaligen Gegnern bieten.

Kirchen und Organisationen der Zivilgesellschaft sind also keine Randakteure des Friedens. Oft sind sie vielmehr seine beständigsten Wegbereiter. Ihr tief in den lokalen Gemeinschaften verwurzeltes Engagement hält Dialogmöglichkeiten offen, die für jede dauerhafte Versöhnung unverzichtbar bleiben. In einem Land, in dem die Wunden der Geschichte noch immer offen sind, erinnern sie daran, dass Frieden nicht institutionell verordnet werden kann: Er wird geduldig auf der Grundlage von Wahrheit, Gerechtigkeit, Solidarität und wiedergewonnenem Vertrauen aufgebaut.



Gottesdienst im Jugendzentrum Centre Jeunes Kamenge, Bujumbura

Die koloniale Vergangenheit aufarbeiten: eine gemeinsame Verantwortung Deutschlands und Burundis

Die seit mehreren Jahrzehnten in Burundi unternommenen Versöhnungsbemühungen haben zu bedeutenden Fortschritten geführt. Die Abkommen von Arusha, Initiativen zum Dialog zwischen den Bevölkerungsgruppen, Mechanismen der Übergangsjustiz sowie das Engagement der Kirchen und der Zivilgesellschaft haben dazu beigetragen, die Gewalt einzudämmen und das Vertrauen schrittweise wiederherzustellen. Ein wesentlicher Aspekt wird jedoch nach wie vor nicht ausreichend berücksichtigt: die koloniale Vergangenheit und ihre Auswirkungen auf die heutigen politischen und sozialen Spaltungen. Die Auswirkungen dieser Zeit fließen nur in geringem Maße in die Versöhnungsprozesse ein. Die jüngere Geschichte Burundis ist durch wiederkehrende politische und ethnisch aufgeladene Gewalt geprägt. Besonders die Krisen der Jahre 1965, 1972, 1988 und 1993 markieren Einschnitte. Sie führten zu zahlreichen Todesopfern, Flucht und Vertreibung sowie zu einem tiefen Misstrauen zwischen Hutu und Tutsi. Zugleich schwächten sie die staatlichen Institutionen und erschwerten langfristig ein friedliches Zusammenleben. Die Gewalttaten der Jahre 1965 (nach einem gescheiterten Putschversuch folgte eine massive Repression gegen die Hutu-Eliten), 1972 (Ikiza, Massaker an den Tutsi im Süden des Landes und danach systematische Verfolgung und Ermordung von Hutu durch die Armee), 1988 (Massaker an den Tutsi im Norden und Ermordung von Hutu durch die Armee) und 1993 (Ermordung des ersten gewählten Hutu-Präsidenten und danach Massaker an den Tutsi im ganzen Land), welches in einem jahrelangen Bürgerkrieg mündete, werden oft isoliert betrachtet, ohne ausreichend in den längeren historischen Kontext der kolonialen Umbrüche eingeordnet zu werden. Ein dauerhafter Frieden kann jedoch nicht auf Vergessen beruhen. Er erfordert gemeinsame Anstrengungen zur Wahrheitsfindung, zur Anerkennung von Verantwortlichkeiten und zur Aufarbeitung dieses schmerzhaften Erbes. Die Aufarbeitung beschränkt sich nicht auf Gedenkfeiern: Sie stellt einen ethischen, politischen und sozialen Prozess dar, der es ermöglicht, den Opfern wieder eine Stimme zu geben, die Mechanismen der Gewalt zu verstehen und deren Wiederholung zu verhindern. In Burundi sind die Erinnerungen oft fragmentiert und widersprechen sich. Jede Gemeinschaft bewahrt die Erinnerung an ihr eigenes Leid, während sich eine gemeinsame nationale Erzählung nur schwer herausbildet.

Die kolonialen Wurzeln der Konflikte anzuerkennen, bedeutet nicht, die Verantwortung der burundischen Akteure nach der Unabhängigkeit zu leugnen. Vielmehr geht es darum zu verstehen, wie bestimmte koloniale Politiken die traditionellen Institutionen geschwächt, das soziale Gleichgewicht verändert und Identitätskategorien geschaffen haben, die von den postkolonialen Machthabern instrumentalisiert werden konnten. Aus dieser Perspektive wird das historische Gedächtnis sowohl zu einem Weg zur Gerechtigkeit als auch zu einem Instrument der Konfliktprävention.

Die deutschen Kirchen tragen bei dieser Arbeit eine besondere Verantwortung. Die katholische Kirche in Deutschland unterhält seit Langem Beziehungen zu Burundi. Die Missionen und diözesanen Partnerschaften haben in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Seelsorge und Ausbildung einen wesentlichen Beitrag geleistet. Dieses positive Erbe entbindet jedoch nicht von einer kritischen Auseinandersetzung. Bestimmte anthropologische Vorstellungen, Verwaltungspraktiken oder Formen des Schweigens könnten – wenn auch unbeabsichtigt – dazu beigetragen haben, die koloniale Herrschaft zu legitimieren. Die deutschen Kirchen können die historische Forschung unterstützen, ihre Missionsarchive öffnen, den Dialog zwischen deutschen und burundischen Forscher*innen fördern, lokale Initiativen zur Erinnerungsarbeit begleiten und eine Theologie bzw. Diakonie der Versöhnung entwickeln, die dem kolonialen Erbe Rechnung trägt. Die deutschen Erfahrungen mit der kritischen Aufarbeitung der Vergangenheit können eine Ressource darstellen, vorausgesetzt, sie werden im Sinne eines Dialogs geteilt und nicht als aufgezwungenes Modell hochgehalten.

Diese Verantwortung betrifft auch den deutschen Staat. Deutschland hat begonnen, seine koloniale Vergangenheit offener zu hinterfragen, insbesondere durch Debatten über Namibia, die Rückgabe von Kulturgütern und die Anerkennung kolonialer Verbrechen. Ein aktuelles und lobenswertes Beispiel ist die Universität Freiburg, die in einer bewegenden religiösen Zeremonie die menschlichen Überreste der Maka-Gemeinschaften aus Kamerun zurückgab, die als Forschungsobjekte aufbewahrt worden waren. Die Universität Freiburg hat durch die Rektorin ihre Verantwortung anerkannt und sich verpflichtet, auf Wiedergutmachung hinzuarbeiten. Burundi spielt in diesen Überlegungen jedoch nach wie vor kaum eine Rolle.



Burundische Landschaft

Schließlich geht es bei der Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit weder darum, alte Wunden wieder aufzureißen, noch darum, ein dauerhaftes Schuldgefühl zu schüren. Es geht darum, das Vertrauen zwischen Deutschland und Burundi auf der Grundlage von Wahrheit, Gerechtigkeit und Solidarität wiederherzustellen. Regierungen, Kirchen, Universitäten, Museen und Organisationen der Zivilgesellschaft tragen dafür gemeinsam Verantwortung. Indem sie die historische Wahrheit zum Ausgangspunkt einer erneuerten Zusammenarbeit machen, können beide Länder ein schmerzliches Erbe in ein gemeinsames Engagement im Dienste des Friedens verwandeln. Die Erinnerungsarbeit wird so zu einer Pflicht gegenüber der Vergangenheit und zu einem Akt der Hoffnung für künftige Generationen.

Literatur und Link

Laely, Thomas: Autorität und Staat in Burundi, Berlin 1995.
Maruhukiro, Déogratias: Als der König betrogen wurde, in: Südzeit 95, S. 14.
Maruhukiro, Déogratias : Histoire d'une Mission, Paroles et Silence, Paris 2015.
Maruhukiro, Déogratias: Für eine Friedens- und Versöhnungskultur. Sozial-politische Analyse, ethischer Ansatz und kirchlicher Beitrag zur Förderung einer Friedens- und Versöhnungskultur in Burundi, Berlin 2020.
Strizek, Hermut, Geschenkte Kolonien: Ruanda und Burundi unter deutscher Herrschaft, Berlin 2006.
https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/freiburg/uni-freiburg-gedenkt-kamerunischen-ahnen-aus-der-kolonialzeit-100.html

Vielen Dank, dass Sie unsere Materialien verwenden. Um sie weiterentwickeln zu können, geben Sie uns bitte Ihre Rückmeldung:
https://forms.cloud.microsoft/e/dDs7Eca2Ew

Das Projekt der diesjährigen Fastenaktion in Burundi steht beispielhaft für die vielen Misereor-Projekte.
Bitte unterstützen Sie mit Ihren Spenden zur Fastenaktion die Arbeit von Misereor in Afrika, Asien und Lateinamerika.
IBAN DE75 3706 0193 0000 1010 10
Kennwort Fastenaktion S07901
BIC GENODED1PAX

Herausgeber: Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V.
Mozartstr. 9, 52064 Aachen
T: 0241/442 445 E: fastenaktion@misereor.de
Fotonachweis: Kathrin Harms, Ina Thomas / Misereor
Redaktion: Lucia Werbick / Misereor

Kurzversion

Burundi: Geografie, Bevölkerung und gemeinsame Identität
Burundi liegt im Herzen der afrikanischen Region der Großen Seen. Das Binnenland grenzt an Ruanda, Tansania und die Demokratische Republik Kongo, von der es teilweise durch den Tanganjikasee getrennt ist. Seine Lage ist geostrategisch bedeutsam; die Region ist von Handel, Migration, kulturellen Begegnungen und Konflikten geprägt. Das hügelige Relief gab Burundi den Beinamen „Land der tausend Hügel“. Die Hügel sind seit Jahrhunderten Lebensräume, auch angesichts der dichten Bevölkerung, und Orte sozialer Organisation, Landwirtschaft und lokaler Verwaltung. Neben Spannungen hat dies starke nachbarschaftliche Solidarität und traditionelle Formen gegenseitiger Hilfe gefördert. Werte wie gemeinsame Verantwortung, Respekt vor Älteren und Gemeinwohl entsprechen dem Gedanken von Ubuntu: „Ich bin, weil du bist.“ Sie bilden bis heute eine Grundlage für Frieden und Versöhnung. Das gemäßigte tropische Hochlandklima begünstigt die Landwirtschaft, von der fast 80 Prozent der Bevölkerung leben. Klimawandel, Bodenerosion, schrumpfende Anbauflächen und Bevölkerungsdruck machen diese Abhängigkeit jedoch riskant.
Fast die gesamte Bevölkerung spricht Kirundi. Die Sprache trägt kollektives Gedächtnis, mündliche Literatur, Sprichwörter, historische Erzählungen, Werte und eine gemeinsame Weltanschauung. Französisch ist eine aus der Kolonialzeit stammende Amtssprache und wird in Verwaltung, Hochschulen und internationalen Beziehungen genutzt. Seit Burundis Beitritt zur Ostafrikanischen Gemeinschaft ist auch Englisch Amtssprache; Swahili gewinnt im regionalen Handel, besonders um Bujumbura und in Grenzgebieten, an Bedeutung.
Die Bevölkerung wird meist in Hutu, Tutsi und Batwa eingeteilt. Historisch bezeichneten diese Kategorien eher sozioökonomische Stellung, Funktionen oder veränderliche Zugehörigkeiten als Ethnien im modernen Sinn. Sprache, Kultur, Glaubensvorstellungen und politische Institutionen waren gemeinsam; Ehen zwischen Familien und soziale Mobilität waren üblich. Die Batwa bildeten eine kleine Minderheit und werden bis heute ausgegrenzt.
Das vorkoloniale Königreich war um die Monarchie (Ubwami) organisiert. Der Mwami garantierte die Einheit und wurde von lokalen Amtsträgern aus verschiedenen Teilen der Gesellschaft unterstützt. Rivalitäten, Thronfolgekonflikte und Auseinandersetzungen mit Nachbarreichen wie Ruanda bestanden, hatten aber nicht den ethnischen Charakter späterer Konflikte. Burundi entstand aus einer weitgehend gemeinsamen Geschichte und gemeinsamen Institutionen, nicht aus der bloßen Zusammenfügung radikal verschiedener Völker. Diese Ordnung war nicht konfliktfrei, zeigt aber, dass heutige Spaltungen wesentlich aus politischen Veränderungen der Kolonialzeit hervorgingen.

Von der politischen Einheit zur deutschen Kolonialverwaltung

Die Konflikte seit der Unabhängigkeit sind daher nicht Ausdruck eines uralten Hasses zwischen Hutu und Tutsi. Die Kolonialisierung definierte Machtverhältnisse, kollektive Identitäten und Regierungsmechanismen neu und schuf Voraussetzungen für Konflikte, die bis heute nachwirken. Das alte Königreich hatte seine Stabilität weniger durch Gewalt als durch gegenseitige Verpflichtungen, Vermittlung und symbolische Legitimität gesichert. Militärische Auseinandersetzungen fanden zwischen politischen Einheiten statt, nicht zwischen ethnischen Gruppen.

Deutsche Herrschaft und Vertrag von Kiganda

Nach der Berliner Konferenz von 1884–1885 wurde Burundi Teil Deutsch-Ostafrikas. Die Kolonialherrschaft erfolgte indirekt über die bestehende Monarchie und lokale Häuptlinge. Diese Politik bewahrte traditionelle Strukturen aber nur äußerlich. Der Mwami wurde zunehmend zum Vollstrecker kolonialer Entscheidungen; seine Autorität hing von deutscher Unterstützung ab. Auch die Baganwa-Häuptlinge mussten fiskalische, militärische und wirtschaftliche Forderungen erfüllen. Damit wandelte sich politische Macht von einem Ausdruck der Gemeinschaft zu einem Instrument äußerer Herrschaft.

Ein zentraler Einschnitt war der am 6. Juni 1903 zwischen König Mwezi Gisabo und dem Deutschen Reich geschlossene Vertrag von Kiganda. Kolonialarchive stellten ihn lange als freiwillige Vereinbarung souveräner Partner dar. Tatsächlich hatten die Deutschen seit 1896 Militärposten in Kajaga und Usumbura, dem heutigen Bujumbura, errichtet. Widerstand wurde mit Strafexpeditionen beantwortet. Unter dem militärischen Druck musste Mwezi Gisabo verhandeln. Er erkannte die deutsche Souveränität an, trat zwei Regionen an von den Kolonisatoren unterstützte Rebellenführer ab und zahlte 424 Kühe; dafür blieb er unter deutschem Schutz König. Das Protektorat dauerte bis 1916. Die Monarchie bestand fort, verlor aber schrittweise ihre Entscheidungsfähigkeit.

Veränderte soziale Beziehungen

Deutschland institutionalisierte die Ethnisierung noch nicht so systematisch wie später Belgien, legte aber Grundlagen dafür. Die Verwaltung bevorzugte Menschen, die sie als „Tutsi“ einordnete und für monarchienäher und kooperationsbereiter hielt, gegenüber der als „Hutu“ kategorisierten Mehrheit. Damit verfestigte sie gesellschaftliche Ungleichheiten. Diese Praxis folgte europäischen Rassentheorien des späten 19. Jahrhunderts, besonders der hamitischen Theorie, die bestimmten afrikanischen Gruppen eine vermeintlich überlegene Herkunft und natürliche Herrschaftsfähigkeit zuschrieb. Kolonialbesteuerung, Pflichtarbeit und frühe Formen der Zwangsarbeit schwächten zudem das Vertrauen zwischen Bevölkerung und lokalen Autoritäten. Die deutsche Herrschaft war somit keine harmlose Episode: Sie stellte traditionelle Institutionen in den Dienst einer fremden Macht, veränderte das innere Gleichgewicht und bereitete die radikalere belgische Institutionalisierung ethnischer Kategorien vor.

Versöhnung, Zivilgesellschaft und historisches Gedächtnis

Burundis jüngere Geschichte ist von wiederkehrender Gewalt, aber auch vom beharrlichen Friedensengagement zivilgesellschaftlicher Organisationen, Gemeindevertreter*innen und Wissenschaftler*innen geprägt. Sie hielten und halten Räume für Dialog offen, fördern Versöhnung und stärken soziale Bindungen. Solche lokalen Initiativen werden international wenig beachtet, sind aber zentral für die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft.

Versöhnung umfasst Erinnerung, Anerkennung des Leids, Wiederherstellung von Vertrauen und Wiederaufbau von Gemeinschaften. Politische Vereinbarungen bleiben unzureichend, wenn individuelle und kollektive Verletzungen nicht aufgearbeitet werden. Zivilgesellschaftliche Akteure können Austausch ermöglichen, die Würde der Opfer anerkennen und ehemalige Gegner einander annähern.

Die koloniale Vergangenheit aufarbeiten: gemeinsame Verantwortung Deutschlands und Burundis

Die Arusha-Abkommen, Dialoginitiativen und Mechanismen der Übergangsjustiz haben Gewalt eingedämmt und Vertrauen schrittweise gestärkt. Die koloniale Vergangenheit und ihre Wirkung auf aktuelle politische und soziale Spaltungen werden dabei jedoch zu wenig einbezogen. Besonders die Krisen von 1965, 1972, 1988 und 1993 führten zu vielen Toten, Flucht, Vertreibung, tiefem Misstrauen zwischen Hutu und Tutsi und einer Schwächung staatlicher Institutionen. 1965 folgte auf einen gescheiterten Putschversuch massive Repression gegen Hutu-Eliten. 1972 wurden zunächst Tutsi im Süden massakriert; anschließend verfolgte und ermordete die Armee systematisch Hutu. 1988 kam es im Norden zu Massakern an Tutsi und zur Tötung von Hutu durch die Armee. 1993 wurde der erste gewählte Hutu-Präsident ermordet; danach folgten landesweite Massaker an Tutsi und ein jahrelanger Bürgerkrieg.

Diese Gewalttaten werden oft getrennt von den kolonialen Umbrüchen betrachtet. Dauerhafter Frieden kann aber nicht auf Vergessen beruhen. Wahrheitsfindung, Anerkennung von Verantwortung und Aufarbeitung müssen den Opfern eine Stimme geben, Gewaltmechanismen erklären und Wiederholungen verhindern. Weil Gemeinschaften vor allem ihr eigenes Leid erinnern, bleibt eine gemeinsame nationale Erzählung schwierig. Die kolonialen Wurzeln anzuerkennen entlastet burundische Akteure nach der Unabhängigkeit nicht. Es erklärt vielmehr, wie die Kolonialpolitik Institutionen schwächte, das soziale Gleichgewicht veränderte und Identitätskategorien schuf, die spätere Machthaber instrumentalisieren konnten. Historisches Gedächtnis wird so zu einem Weg der Gerechtigkeit und der Konfliktprävention.

Auch der deutsche Staat trägt Verantwortung. Deutschland setzt sich inzwischen offener mit seiner Kolonialgeschichte auseinander, etwa in Debatten über Namibia, die Rückgabe von Kulturgütern und die Anerkennung kolonialer Verbrechen. Ein Beispiel ist die Rückgabe menschlicher Überreste der Maka-Gemeinschaften aus Kamerun durch die Universität Freiburg. Burundi spielt in der deutschen Aufarbeitung bislang jedoch kaum eine Rolle.
Die Beschäftigung mit der Kolonialzeit soll weder alte Wunden aufreißen noch dauerhaft Schuld erzeugen. Ziel ist, Vertrauen zwischen Deutschland und Burundi durch Wahrheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu stärken. Regierungen, Universitäten, Museen und zivilgesellschaftliche Organisationen sollten dazu Forschung fördern, Archive öffnen, den Dialog zwischen deutschen und burundischen Forschenden unterstützen, lokale Erinnerungsarbeit begleiten und Wiedergutmachung ermöglichen. Wenn historische Wahrheit Grundlage erneuerter Zusammenarbeit wird, kann aus einem schmerzhaften Erbe gemeinsames Engagement für Frieden und Hoffnung für künftige Generationen entstehen.

Vielen Dank, dass Sie unsere Materialien verwenden. Um sie weiterentwickeln zu können, geben Sie uns bitte Ihre Rückmeldung:
https://forms.office.com/e/u4tQtPRRMP

Das Projekt der diesjährigen Fastenaktion in Burundi steht beispielhaft für die vielen Misereor-Projekte.
Bitte unterstützen Sie mit Ihren Spenden zur Fastenaktion die Arbeit von Misereor in Afrika, Asien und Lateinamerika.
IBAN DE75 3706 0193 0000 1010 10
Kennwort Fastenaktion S07901
BIC GENODED1PAX

Herausgeber: Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V.
Mozartstr. 9, 52064 Aachen
T: 0241/442 445 E: fastenaktion@misereor.de
Fotonachweis: Kathrin Harms, Ina Thomas / Misereor
Redaktion: Lucia Werbick / Misereor